



China Report

Juli 2019

(1) Hongkongs Parlament geräumt und Studentenproteste mit Polizeigewalt beendet

Ausgerechnet zu den Feierlichkeiten anlässlich des 22. Jahrestages der Rückgabe Hongkongs an die chinesische Regierung kam es erneut zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Studenten, die gegen das sogenannte „Auslieferungsgesetz“ protestierten und dabei das Parlamentsgebäude besetzt hatten. Seit Wochen protestieren die Bürger in Hongkong dabei gegen die Politik der Regierungschefin Carrie Lam, die es erlauben wollte, von China beschuldigte Personen an Peking auszuliefern. [Bis zu zwei Millionen Menschen gingen dabei auf die Straße und es kam zu den größten Protesten seit drei Jahrzehnten.](#)

Die Polizei in Hongkong teilte am Mittwoch mit, dass zwölf Personen wegen des gewaltsamen Zwischenfalls in der Nähe des Komplexes des Legislativrats festgenommen wurden. Den Verhafteten wurde Waffenbesitz, rechtswidrige Versammlung, der Angriffs auf einen Polizeibeamten und der Verstoß gegen die Flugsicherungsverordnung von 1995 vorgeworfen. Am selben Tag hatte die Regierung in Großbritannien den Botschafter Chinas in London, Liu Xiaoming, einbestellt. Das teilte das britische Außenministerium auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur mit. Grund seien „inakzeptable und falsche“ Äußerungen des Diplomaten über eine angebliche Einmischung der britischen Regierung in die inneren Angelegenheiten Chinas.

Die «Financial Times» hatte zuvor berichtet, Xiaoming habe gegenüber Journalisten eine „grobe Einmischung“ der britischen Regierung bezüglich der Proteste in Hongkong beklagt. Der britische Außenminister Jeremy Hunt mahnte Peking per Kurznachrichtendienst Twitter zum «gegenseitigen Respekt» und zur Einhaltung rechtlicher Vereinbarungen. Bereits am Dienstag hatten sich beide Länder wegen des Vorgehens der chinesischen Sicherheitskräfte gegen Demonstranten in der ehemaligen britischen Kronkolonie einen diplomatischen Schlagabtausch geliefert.

Am 1. Juli 1997 hatte Großbritannien Hongkong an China zurückgegeben. Eigentlich stehen den Hongkongern laut Rückgabevertrag bis 2047 mehr Freiheiten zu als den Chinesen in der Volksrepublik. Doch immer mehr Hongkonger haben den Eindruck, dass Peking schon jetzt ihre Rechte beschneidet.

(2) Schulden steigen auf über 300 Prozent des BIP

[Im ersten Quartal 2019 sind die öffentlichen und privaten Schulden in China auf ein neues Rekordhoch von 304 Prozent des BIP des Landes gestiegen, wie die *South China Morning Post* berichtet.](#)

Die Schulden privater Haushalte stiegen dabei am schnellsten und betragen nunmehr 54 Prozent des BIP. Die Schulden der Regierung stiegen auf 51 Prozent des BIP und die des Finanzsektors auf 43 Prozent. Lediglich die Schulden des Unternehmenssektors exklusive des Finanzsektors fielen leicht, betragen aber noch immer 155,6 Prozent des BIP.

Die neue Schuldenwelle steht im Kontrast zur offiziellen Regierungslinie, die Risiken im Kreditwesen seit zwei Jahren zu reduzieren sucht. Diese Strategie hat auf der einen Seite zu einer starken Eindämmung informeller Kreditvergaben im sogenannten Schattenbankensektor geführt. Gleichzeitig wurden angesichts des Handelskonflikts mit den USA die Vorschriften für Banken zur Kreditvergabe gelockert und Lokalregierungen zu einer höheren Verschuldung im Rahmen von Infrastrukturprojekten ermuntert. Premierminister Li Keqiang



China Report

Juli 2019

kündigte laut *South China Morning Post* an, dass China die proaktive Finanzpolitik fortführen werde – nicht zuletzt um Arbeitsplätze zu sichern.

(3) Energieprojekte im Rahmen der Seidenstraßeninitiative

In einer neuen Studie hat sich die China-Denkfabrik Merics in Berlin zahlreiche Energieprojekte Chinas im Rahmen der Seidenstraßeninitiative angesehen. Diese umfassen erneuerbare Energien ebenso wie fossile Brennstoffe, Kernenergie und Investitionen in Stromnetze sowie nationale und grenzüberschreitende Projekte zu Übertragungsleitungen.

Laut den Autoren der Studie haben Energieprojekte bislang den größten Anteil an Chinas globaler Infrastruktur-Initiative und machen mit 50 Milliarden US-Dollar rund zwei Drittel der chinesischen Ausgaben für Projekte der „Belt and Road Initiative“ (BRI) aus.

Thomas S. Eder und Jacob Mardell sind die Autoren des neuen Merics Mapping zur BRI. Die Karte der beiden zeigt, dass der Großteil der Projekte in Südostasien liegen, Lateinamerika aber das größte Volumen an abgeschlossene Investitionen hält. Vor allem gehe es der chinesischen Regierung darum, eigenen Unternehmen weltweit Marktanteile zu sichern.

[Siehe Studie auf Englisch.](#)

(4) China diskutiert über Ursula von der Leyen

Auch in China diskutiert man über die Nominierung Ursula von der Leyens als EU-Kommissionschefin. Zahlreiche Beobachter zeigen sich dabei aufgrund früherer Aussagen der Politikerin zu China alarmiert und machen sich Sorgen über die zukünftigen Beziehungen zwischen China und der EU. Von der Leyen, die erste Frau in diesem Amt, wurde nicht nur von Frankreichs Präsident Macron unterstützt, sondern auch von den vier Visegrad-Staaten Ungarn, Tschechien, Polen und Slowenien.

In Chinas diplomatischen Kreisen herrscht Skepsis hinsichtlich der Nominierung. Das hat insbesondere mit einem Interview zu tun, welches von der Leyen der *Zeit* im Januar gab. Darin sagte sie, dass China Europa freundlich umgarne und man deshalb oft übersehe, wie konsequent das Land seine Ziele verfolge. Die Beziehungen zwischen China und der EU sind für Peking von großer Bedeutung, insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten Beziehungen zu den USA. Viele gehen davon aus, dass die Neubesetzung der Posten auf die allgemeine Dynamik zwischen der EU und China nur geringe Auswirkungen mit sich bringt, da für die meisten Entscheidungen der EU ein Konsens der 28 Mitgliedstaaten erforderlich ist. Chinesische Diplomaten äußerten in einem Interview mit der *South China Morning Post* jedoch Bedenken, da Persönlichkeiten und Rhetorik einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Wahrnehmung Chinas ausüben.

Juncker sei bei der Beurteilung der chinesischen Wirtschaftspolitik stets vorsichtig gewesen und habe die politische Lage und Menschenrechtssituation in China nie zu deutlich kritisiert. Von der Leyens Amtszeit werde in Peking daran gemessen werden, wie sich die Handelsbeziehungen zwischen der EU und China entwickeln.



China Report

Juli 2019

Gegenwärtig ist China der zweitgrößte Handelspartner der EU, während die EU für China der größte Handelspartner ist.

Von der Leyen ging in ihrem Interview auf die Wirtschaft, das Militär und die Politik Chinas ein und verglich den Einfluss des Landes mit der Bedrohung, die Russland für Europa darstelle: „Die Leitlinie, die man gegenüber Russland vertrete, müsse auch gegenüber China gelten“. Sie betonte, dass Europa China mehr Aufmerksamkeit geben müsse, da viele Politiker die Bedrohung Chinas übersähen. Von der Leyen kritisierte in ihrem Interview weiterhin, wie China mit seinen Bürgern umgeht. In Bezug auf das Social Credit-System sagte sie, dass sie fest davon überzeugt sei, dass „das Streben nach Freiheit den Menschen definiere“ und sich die Bürger Chinas früher oder später gegen das System richten werden.

(5) Neuer Chef der Welternährungsorganisation ist ein Chinese

Während die westlichen Medien die Wahl als Niederlage für Deutschland und die EU sehen, ist China stolz auf die Wahl der UN-Ernährungsorganisation. Sie hat am 23. Juni den Chinesen Qu Dongyu zum neuen Generaldirektor der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO gewählt. Qu war bisher Chinas stellvertretender Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.

Der 56-jährige Qu Dongyu wurde auf der 41. Konferenz der Organisation gewählt, dem obersten Organ der in Rom ansässigen Organisation. Er erhielt eine Mehrheit von 108 Stimmen und setzte sich damit gegen Catherine Geslain-Lanéelle aus Frankreich, die 71 Stimmen erhielt und Davit Kirvalidze aus Georgien mit zwölf Stimmen durch. Anschließend hielt Qu eine Rede, in der er sich bei den Wählern bedankte und alle Mitglieder dazu aufrief, sich für die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung einzusetzen.

Vor der Wahl hatte sich im Hintergrund ein Machtkampf zwischen der EU und China abgespielt. So wurde China vorgeworfen, dass Peking mit einem Kandidaten aus den eigenen Reihen seinen Einfluss in der UN-Organisation und auch seinen Machtanspruch in der Welt zu festigen versuche. Allgemein ist das Ziel der FAO der weltweite Kampf gegen den Hunger. Deutschland ist nach den USA, Japan und China der viertgrößte Geldgeber der FAO.

(6) Ai Weiwei erhält Schadenersatz von dänischem Volkswagen-Händler

Am 17. Juli hat ein dänisches Gericht den Volkswagen-Händler *SMC* zu einer [Schadenersatzzahlung in Höhe von 230.000 EUR an den chinesischen Künstler Ai Weiwei](#) verklagt. Der Grund war die Verwendung eines Werks des Künstlers, ohne dessen Genehmigung eingeholt zu haben. *SMC* hatte 2017 für eine Autowerbung auf seiner Webseite und in einem Kundenmagazin das Foto eines *VW Polo* verwendet, welcher vor einer Ai Weiwei-Kunstinstallation in Kopenhagen parkte.

Die Arbeit des 61-jährigen Künstlers mit dem Titel *Soleil Levant* bestand aus insgesamt 3.500 Rettungswesten von Flüchtlingen, die zwischen 2015 und 2016 auf der griechischen Insel Lesbos gelandet waren. Die Westen waren in einer Kunstgalerie im Berliner Stadtteil Charlottenburg gelagert gewesen.



China Report

Juli 2019

Das dänische Gericht entschied, dass die kommerzielle Nutzung des Kunstwerks ein „*klarer Widerspruch zu den Überlegungen und der Idee des Werkes sei*“. Sein Missbrauch könne dem Ruf des Künstlers schaden und die Verwendung durch SMC sei ein klarer Verstoß gegen faire Marketingpraktiken.

Ai Weiwei hatte im März auf seinem Instagram-Account bekannt gegeben, dass er den Autohändler verklagen wolle. Die Tatsache, dass die Werbung an über 200.000 Menschen verteilt worden sei, habe den falschen Eindruck erweckt, dass er Volkswagen dazu autorisiert habe, sein Kunstwerk für Werbezwecke zu nutzen.

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-China“ erhalten Sie [hier](#).

Kontakt:

FIVV AG
Herterichstraße 101
Telefon +49 89 374100-0
Telefax +49 89 374100-100
www.fivv.de

Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos

beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter www.universal-investment.com erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.